

Policy Brief #2017/05

„Wohlstand für alle“ Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?

Der materielle Wohlstand in Deutschland ist heute so groß wie nie zuvor. Doch die Frage nach der fairen Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen ist zentraler denn je. Sie wird auch zukünftig ein Feld großer Herausforderungen für eine tragfähige Soziale Marktwirtschaft bleiben.

„Wohlstand für alle“ – dieses Versprechen verbinden viele mit der Sozialen Marktwirtschaft. Vor dem Hintergrund der aktuell anhaltend hohen Einkommens- und Vermögensungleichheit werden in der öffentlichen Debatte jedoch immer häufiger Zweifel an der Fähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft laut, Wirtschaftswachstum mit sozialer Teilhabe zu kombinieren.

Die Diskussionsbeiträge hierzu sind vielfältig und weit davon entfernt, ein einheitliches Bild zu zeichnen. Einerseits wird auf die sinkende bzw. stagnierende Reallohnentwicklung der unteren Einkommensklassen und das damit verbundene Schrumpfen der Mittelklasse in den vergangenen 30 Jahren hingewiesen (vgl. Fratzscher 2016). Andererseits wird vielfach der Standpunkt vertreten, dass durch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im unteren Einkommenssektor die

Möglichkeit zu sozialem Aufstieg überhaupt erst eröffnet wird. Zudem verteile das deutsche Steuer- und Transfersystem im internationalen Vergleich bereits jetzt überdurchschnittlich viel um (vgl. Fuest 2016).

Doch wie stellt sich die langfristige Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ab Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit Blick auf die wirtschaftliche Dynamik sowie deren Inklusivität dar? Die vorliegende Analyse geht über die vorherrschenden Kurzfristanalysen hinaus und ermöglicht eine fundiertere Einschätzung der gegenwärtigen Lage in der Bundesrepublik. Die Untersuchung legt nahe, dass die praktische Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft mit einer stabil positiven Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland einherging.

tung. Mit dem Ziel, alle Möglichkeiten zur Beendigung und Verringerung der Hilfsbedürftigkeit auszuschöpfen, wurden staatliche Leistungen enger mit der Verpflichtung auf Gegenleistung von Seiten der Arbeitnehmer verknüpft. Als prominentes Beispiel dieser Sozialpolitik sind die Reformen der Agenda 2010 anzuführen.

Zur Beurteilung der Funktionsfähigkeit der wirtschaftspolitischen Institutionen der BRD erscheint es zunächst sinnvoll, die Entwicklungen losgelöst von den Konvergenzbewegungen der Zeit des Wiederaufbaus zu beurteilen. Auch unter Ausklammerung des Wirtschaftswunders ist jedoch festzustellen, dass die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft mit Ausnahme kurzfristiger Schwankungen mit einer stabil positiven Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland einherging. Diese Schlussfolgerung wird gestützt durch einen Blick auf die Rezessionsjahre. Während das Negativwachstum der Jahre 1975, 1982 und 1993 jeweils mit Ölpreiskrisen zusammenfällt, stehen die Rezessionen der Jahre 2003 und 2009 eng mit dem Platzen der Internet- und der Immobilienblase in den USA in Verbindung.

Somit sind die beobachteten wirtschaftlichen Abschwünge vor allem durch externe wirtschaftliche Schocks und weniger mit den Defiziten der wirtschaftspolitischen Institutionen der Sozialen

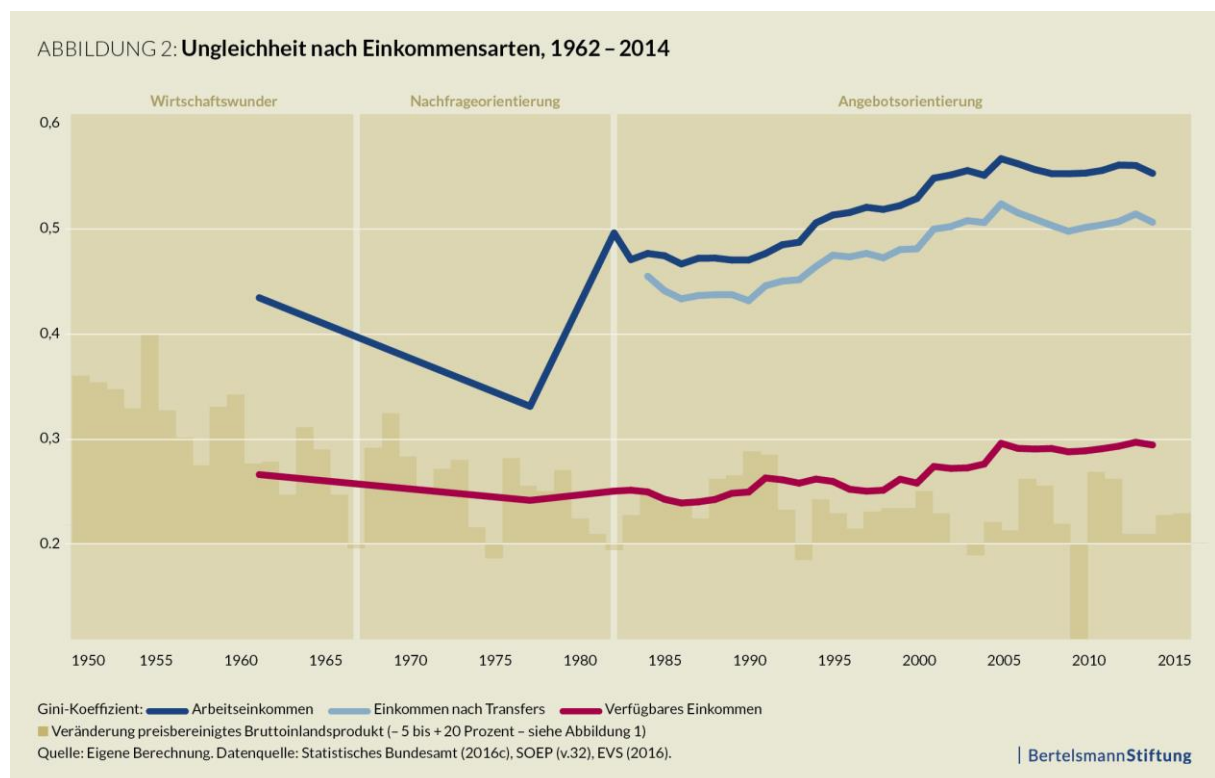
Marktwirtschaft zu erklären. Des Weiteren ist festzustellen, dass die BRD seit 1950 keine prolongierte Phase negativen Wachstums erlebt hat. Rezessionsjahre waren immer gefolgt von positiven Anpassungen in den Folgejahren.

Zusammengenommen deuten diese Beobachtungen auf die strukturelle Robustheit der Sozialen Marktwirtschaft in der BRD hin.

Ungleichheit

Die Beteiligung Aller an den Früchten der wirtschaftlichen Entwicklung ist ein zentrales Ziel der Sozialen Marktwirtschaft. Zur Bewertung der Inklusivität der wirtschaftlichen Entwicklung betrachten wir daher insbesondere die Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Darüber hinausgehend nehmen wir eine Aufschlüsselung nach verschiedenen Einkommensgruppen und soziodemographischen Haushaltstypen vor und gehen auf regionale Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD ein. Wie in Abbildung 2 dargestellt, beschreibt die Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen über den gesamten Zeitraum eine breit gespreizte, U-förmige Kurve.



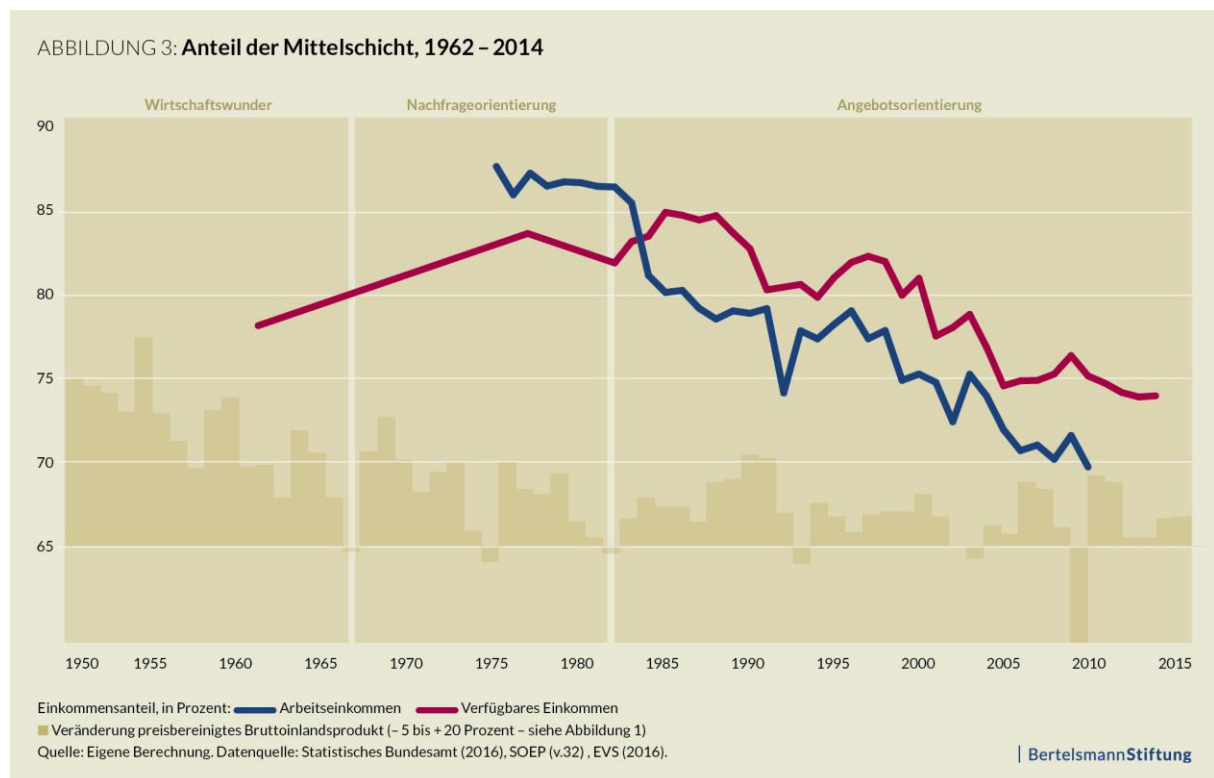
Gemessen am Gini-Koeffizienten sank die Ungleichheit während des Wirtschaftswunders und der Phase der Nachfrageorientierung bis zu ihrem Tiefpunkt Mitte der 1980er Jahre auf 0,240 Gini-Punkte. In der Phase der Angebotsorientierung stieg sie kontinuierlich an und erreichte 2014 einen Wert von ca. 0,290 Punkten. Aufgrund des erheblich niedrigeren Lohnniveaus in Ostdeutschland versteht es sich von selbst, dass in diesem Zeitraum vor allem die Wiedervereinigung einen deutlichen Anstieg der Ungleichheit zur Folge hatte. Dementsprechend springt der Gini-Koeffizient zwischen 1990 und 1991 von 0,246 auf 0,259 Punkte.

Eine Betrachtung der Einkommen der Spitzenverdiener eröffnet weitere Einsichten. Von 1950 bis 1966 sank der Einkommensanteil der oberen 10 Prozent. Insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre lassen sich jedoch starke Zugewinne für die höchsten Einkommenschichten feststellen, die lediglich durch das Platzen der Internet- sowie der Immobilienblase in den USA unterbrochen wurden. Diese Rückgänge lassen auf die höhere Bedeutung von Kapitaleinkommen in den oberen Einkommensperzentilen schließen.

Der wachsende Anteil der oberen Einkommenschichten geht dabei mit einem deutlichen Rückgang des Einkommensanteils der Mittelschicht

einher, die seit dem Beginn der Angebotsorientierung anteilig immer weniger an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung partizipiert (vgl. Abbildung 3).

Um einen allgemeinen Eindruck über die Verteilung des wirtschaftlichen Wachstums in der BRD zu erhalten, lohnt es sich außerdem, einen Blick auf sogenannte Wachstumsinzidenzkurven zu werfen. Solche Kurven veranschaulichen die Einkommensentwicklung für verschiedene Einkommensgruppen. Auf der x-Achse sind die Bevölkerungsperzentile der Einkommensverteilung abgetragen, während die y-Achse die jährliche Wachstumsrate in Prozent gibt. Eine horizontale Linie entspräche also einer identischen Entwicklung der Einkommen für alle Einkommensklassen. In Abbildung 4 werden die Wachstumsinzidenzkurven für die Periode 1991 bis 2014, aufgeteilt nach Ost-, West- und Gesamtdeutschland, dargestellt. Die gestrichelten Linien zeigen das durchschnittliche Wachstum für die jeweilige Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum an. Auch hier bestätigt sich, dass sich das beobachtbare Wirtschaftswachstum vor allem in Zugewinne höherer Einkommenschichten übersetzt. So haben die höchsten Einkommen im Durch-



schnitt jährlich über 1,3 Prozent gewonnen, während das durchschnittliche Wachstum bei lediglich 0,6 Prozent lag.

Zur Bewertung der Inklusivität des beobachtbaren Wirtschaftswachstums kann außerdem die Einkommensentwicklung der unteren 40 Prozent mit jener der Gesamtbevölkerung verglichen werden. Hier zeigt sich, dass deren Wachstum seit der Wiedervereinigung und besonders seit Ende der 1990er Jahre im Durchschnitt erheblich hinter der Entwicklung mittlerer und oberer Einkommen zurückbleibt.

Während die Betrachtung der verschiedenen Einkommensgruppen instruktiv ist, erlaubt sie keine Rückschlüsse auf die soziodemographische Struktur der Ungleichheitsentwicklung. Betrachtet man die Ungleichheitslevel verschiedener Haushaltstypen, so fällt auf, dass zwischen jungen Singlehaushalten tendenziell die größte Ungleichheit besteht. Während wir oben festgestellt haben, dass der Gini-Index für die verfügbaren Haushaltseinkommen der Gesamtbevölkerung auf bis zu 0,290 Punkte im Jahr 2014 steigt, finden wir für diese Gruppe einen Anstieg auf bis zu 0,345 Punkte.

Dies kann unter anderem mit Unterschieden im Karrierezyklus dieser Gruppe erklärt werden. Nach unserer Definition finden wir in dieser

Gruppe sowohl Studenten ohne regelmäßiges Einkommen als auch alleinstehende Berufstätige, die in der Blüte ihres beruflichen Lebenszyklus stehen. Im Vergleich hierzu bewegt sich die Ungleichheit innerhalb der älteren Singlehaushalte durchgängig auf einem Niveau von weniger als 0,300 Gini-Punkten. In dieser Gruppe ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl der erfassten Haushalte sich bereits im Rentenalter befindet.

Die regionale Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland offenbart starke Unterschiede im Level der Ungleichheit innerhalb der Regionen. Insgesamt bewegen sich die Einkommen in Ostdeutschland auf einem niedrigeren Niveau, sind jedoch wesentlich gleich verteilt als in den alten Bundesländern. Seit der Wiedervereinigung ist ein Anstieg der Ungleichheit jedoch für Ost und West gleichermaßen zu beobachten. Erst ab der Finanzkrise 2008 divergieren die Ungleichheitstrends für diese beiden Regionen. Während die Ungleichheit in Westdeutschland nahezu konstant blieb, stieg sie in Ostdeutschland unvermindert an, was eine Annäherung der Ungleichheitsniveaus in beiden Regionen impliziert. Dies ist vermutlich auf regionale Unterschiede in der Einkommensstruktur zurückzuführen. Das niedrige Vermögensniveau in Ostdeutschland führt

ABBILDUNG 4: Wachstumsinzidenz verfügbarer Haushaltseinkommen, 1991 - 2014



dazu, dass Kapitaleinkommen einen geringeren Anteil des Gesamteinkommens ausmachen. Da die Finanzkrise vor allem Kapitaleigentümer und somit die höheren Einkommensschichten beeinträchtigte, dämpfte sie die Einkommensungleichheit in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland.

Die regionale Heterogenität der Ungleichheitsentwicklung lässt sich auch durch eine Betrachtung auf Ebene von Stadt- und Landkreisen darstellen. Im Rahmen dieser Betrachtungsweise lassen sich Ungleichheit zwischen und Ungleichheit innerhalb von Kreisen unterscheiden.

Auch auf regionaler Ebene markiert die Zeit ab der Jahrtausendwende bis zur Finanzkrise eine Zeit steigender Einkommensungleichheit. So stieg der Gini-Koeffizient berechnet für die mittleren Bruttolöhne der deutschen Stadt- und Landkreise von 0,085 im Jahr 2000 auf 0,093 im letzten Beobachtungsjahr 2010. Dies ist insbesondere auf die Abkopplung der Lohnentwicklung in wirtschaftlich starken Regionen, beispielsweise in Bayern und Baden-Württemberg zurückzuführen.

Eine weitere Dimension materiellen Wohlstands sind die Vermögen. Hier fällt die Untersuchung auf Grund der beschränkten Datenlage notwendigerweise hinter den Detailgrad der Analyse für Einkommen zurück.

Es lässt sich jedoch feststellen, dass die Pro-Kopf-Vermögen in der Bundesrepublik beinahe konstant gestiegen sind. Des Weiteren sind diese Vermögen deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Die Daten machen deutlich, dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über ungefähr die Hälfte des Nettovermögens verfügen. Zum Vergleich, die einkommensstärksten Haushalte verfügten im Jahr 2010 über lediglich 40 Prozent des Einkommens. Die unteren 50 Prozent der Vermögensverteilung haben hingegen faktisch keinen Anteil am Gesamtvermögen. Über die letzten 20 Jahre hat sich diese Diskrepanz eher noch ausgeweitet.

Insgesamt wuchsen Einkommens- und Vermögensungleichheit seit Mitte der 1980er Jahre, was mit Blick auf die Inklusivität der wirtschaftlichen Entwicklung kritisch bewertet werden muss.

Dabei sollte darauf hingewiesen werden, dass das Niveau und der Anstieg der Ungleichheit

ohne die stark umverteilende Wirkung des deutschen Steuer- und Transfersystems bedeutend größer ausfallen würden. Unsere Analyse legt außerdem nahe, dass der Anstieg der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen nicht auf einen Rückgang staatlicher Umverteilung, sondern hauptsächlich auf die stärker divergierenden Arbeitseinkommen zurückzuführen ist.

Chancengerechtigkeit

Chancengerechtigkeit ist ein weiteres Maß, das es erlaubt, die Inklusivität und Fairness der Sozialen Marktwirtschaft zu bewerten. Viele Personen würden sagen, dass eine ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen besonders dann problematisch ist, wenn die Unterschiede zwischen den Menschen auf Merkmale zurückzuführen sind, die sich jenseits der Einfluss-sphäre des Einzelnen befinden. So finden es beispielsweise viele Menschen verwerflich, dass eine Lohnlücke zwischen den Geschlechtern existiert, genauso wie sich viele Menschen gleiche Startbedingungen für alle Menschen wünschen, unabhängig ob diese nun aus reichen oder armen Haushalten stammen. Umgekehrt stimmen viele Leute zu, dass Ungleichheit akzeptabel ist, wenn sie auf unterschiedlichen Anstrengungen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder beruht.

Den ethischen Standpunkt, Ungleichheit nur zu akzeptieren, solange diese auf differenziellen Anstrengungen der Einzelpersonen fußt, fassen wir unter dem Stichwort Chancengerechtigkeit zusammen.

Die Messung von Chancengerechtigkeit ist ein komplexes Unterfangen. Die vorliegende Analyse untersucht, welcher Anteil der bestehenden Einkommensungleichheit in verfügbaren Haushaltseinkommen durch externe, individuell nicht zu beeinflussende Faktoren erklärt werden kann (vgl. Niehues und Peichl 2014).

Beispiele für jene Faktoren sind das biologische Geschlecht oder auch die sozioökonomische Stellung des Elternhauses. Je größer der Anteil der durch diese Faktoren erklärten Ungleichheit, desto geringer das Ausmaß an Chancengerech-

tigkeit. Die Liste der verwendeten externen Faktoren umfasst das Alter, die Ausbildung der Eltern, den Beruf der Eltern, ob die Person in der Stadt oder auf dem Land aufgewachsen ist, die ethnische Gruppenzugehörigkeit, die Körpergröße, den Wohnort (Ost- oder Westdeutschland) zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung sowie das biologische Geschlecht.

Die Wiedervereinigung führte kurzfristig zu einem drastischen Anstieg der Chancengerechtigkeit, was durch das starke Lohngefälle zwischen alten und neuen Bundesländern erklärbar ist. Durch den wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Bundesländer sowie die Migrationsbewegungen zwischen Ost und West verringerte sich das Ausmaß an Chancengerechtigkeit in den Folgejahren jedoch wieder deutlich.

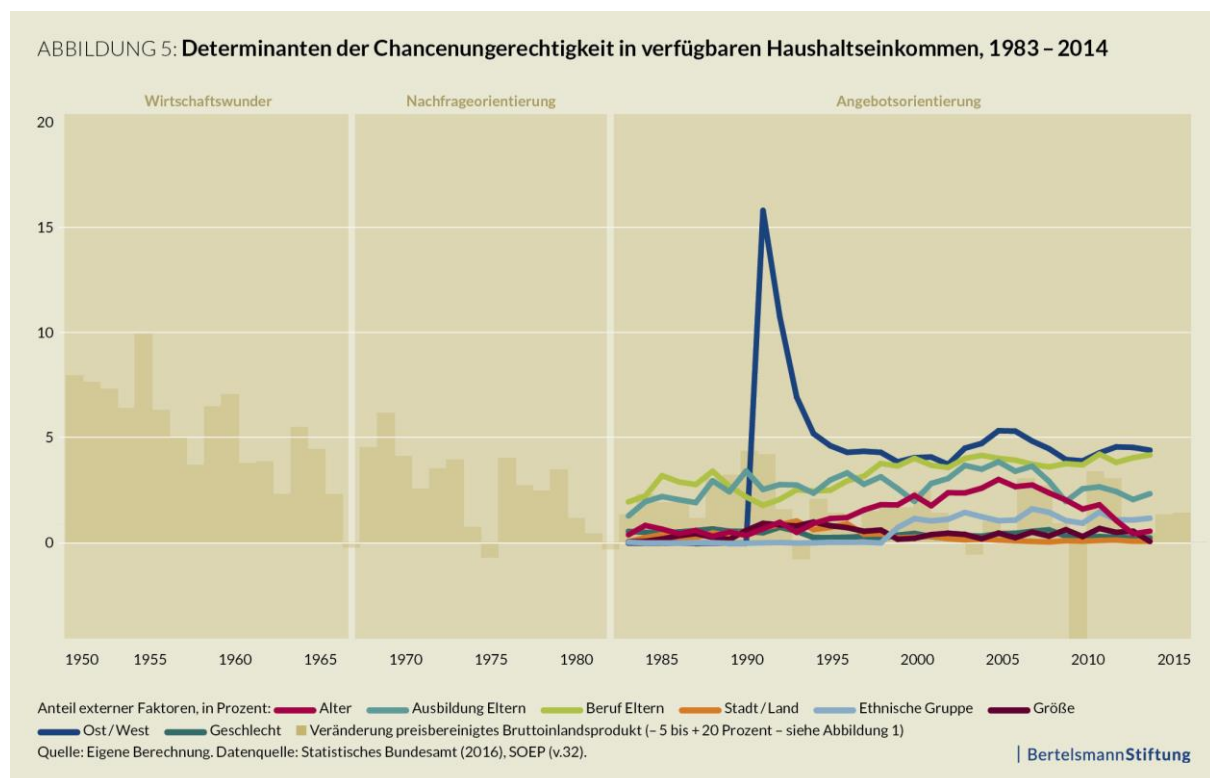
Die Aufschlüsselung nach den einzelnen externen Faktoren verdeutlicht, dass der Wohnort zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung auch heute noch den wichtigsten Erklärungsfaktor darstellt (vgl. Abbildung 5). Diese Beobachtung lässt sich vor allem durch die weiterhin deutlichen Lohnunterschiede zwischen den Regionen erklären.

Die Relevanz des Berufs der Eltern nahm seit Beginn der 1980er Jahre kontinuierlich zu und

erklärt mittlerweile einen nahezu gleich großen Anteil wie der Wohnort zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Als drittichtigster externer Faktor rangiert das Bildungsniveau der Eltern. Einen bedeutend kleineren Teil der Ungleichheit erklärt die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe. Durch die Verringerung der geschlechtsbedingten Lohnunterschiede in den letzten drei Jahrzehnten verlor außerdem das Geschlecht an Relevanz als Erklärungsfaktor für die beobachtete Ungleichheit.

Auch das Alter hat im Verlauf des letzten Jahrzehnts zunehmend an Bedeutung verloren. Dies kann unter anderem auf einen durchschnittlichen Anstieg des Renteneintrittsalters zurückgeführt werden, der für eine Nivellierung der Einkommensunterschiede zwischen Alt und Jung sorgt.

In Bezug auf die Chancengerechtigkeit lässt sich insgesamt ein relativ positives Bild zeichnen. Am aktuellen Rand lassen sich nach rückläufiger Tendenz in den letzten Jahren lediglich 13 Prozent der beobachteten Einkommensungleichheit auf die ungleiche Verteilung der Chancen zurückführen. Im Vergleich zur Zeit der Wiedervereinigung (19 Prozent im Jahr 1992) bzw. der Rezession in den 2000er Jahren (18 Prozent im Jahr 2005) ist das ein Rückgang um 30 Prozent.



Während wir positive Entwicklungen im Hinblick auf Geschlechtsunterschiede feststellen, bleibt jedoch auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein großer Unterschied zwischen Menschen aus Ost und West bestehen. Kritisch zu bewerten ist außerdem, dass die sozioökonomische Stellung des Elternhauses als Erklärungsfaktor von Ungleichheit zunehmend an Bedeutung gewinnt.

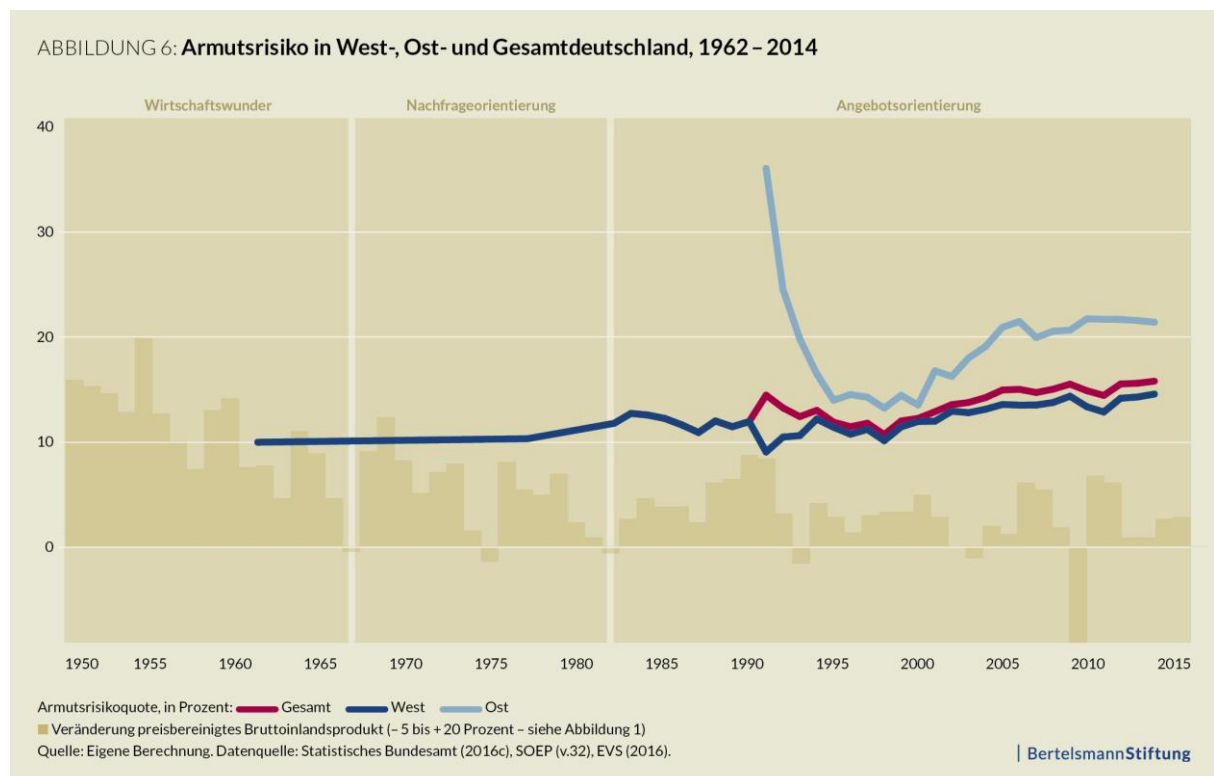
Armut

Bei der Betrachtung der Einkommensverteilung kommt den untersten Perzentilen eine besondere Rolle zu. Während es ein sehr breites Spektrum an Meinungen bezüglich der angemessenen Verteilung von Einkommen und Vermögen gibt, definieren viele Menschen die Abwesenheit von Armut als ein wichtiges gesellschaftliches Ziel. Für unsere Analyse wurde die relative Armutsdefinition des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) verwendet. Sie stuft diejenigen Haushalte als armutsgefährdet ein, die weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Haushaltseinkommen beziehen. Der Anteil der Individuen an der Gesamtbevölkerung, die unter diese Schwelle fallen, wird als Armutsrisikoquote bezeichnet.

Über den gesamten Zeitverlauf lässt sich bei der Armutsrisikoquote für Gesamtdeutschland – anders als bei Ungleichheit und Chancengerechtigkeit – eine relativ gleichförmige Aufwärtsbewegung feststellen (vgl. Abbildung 6). In Westdeutschland hielt sich die Armutsrisikoquote zwischen 1960 und dem Mauerfall auf einem relativ konstanten Niveau von zehn Prozent.

Nach einem kurzen Absinken im Zeitraum der Wiedervereinigung stieg sie bis 2014 moderat und kontinuierlich auf ca. 14 Prozent an, wobei die Finanzkrise 2008 wiederum einen kurzzeitig dämpfenden Effekt hatte. Für Ostdeutschland beginnen die Daten erst mit der Wiedervereinigung. Ähnlich wie bei der Entwicklung der Chancengerechtigkeit war die Armutsrisikoquote in den neuen Bundesländern zunächst sehr hoch, fiel aber in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung drastisch von ca. 35 auf zwölf Prozent. Nach einer Phase der Stabilisierung bis 2000 stieg die Quote jedoch – im Gegensatz zur Entwicklung in Westdeutschland – bis zur Finanzkrise deutlich auf ca. 21 Prozent an und verbleibt seitdem auf diesem Niveau.

Eine demographische Evaluation des Armutsrisikos liefert weitere Einblicke. Während in den Jahren des Wirtschaftswunders die höchsten Ar-



mutquoten noch unter alleinstehenden Rentnern zu finden waren, sind am aktuellen Rand eher Alleinstehende im erwerbstätigen Alter von Armut bedroht. Dies kann unter anderem mit der Expansion der universitären Ausbildung erklärt werden, die die Erzielung eines regelmäßigen Einkommens durchschnittlich in ein höheres Alter verlagert. Die Zurückdrängung der Altersarmut lässt sich auch für Mehrpersonenhaushalte beobachten, wobei sich für diesen Haushaltstyp ab Mitte der 2000er Jahre eine Trendumkehr hin zu einer höheren Armutsrisikoquote andeutet. Außerdem ist ein deutlicher Anstieg des Armutsrisikos in jungen Mehrpersonenhaushalten mit Kindern zu beobachten.

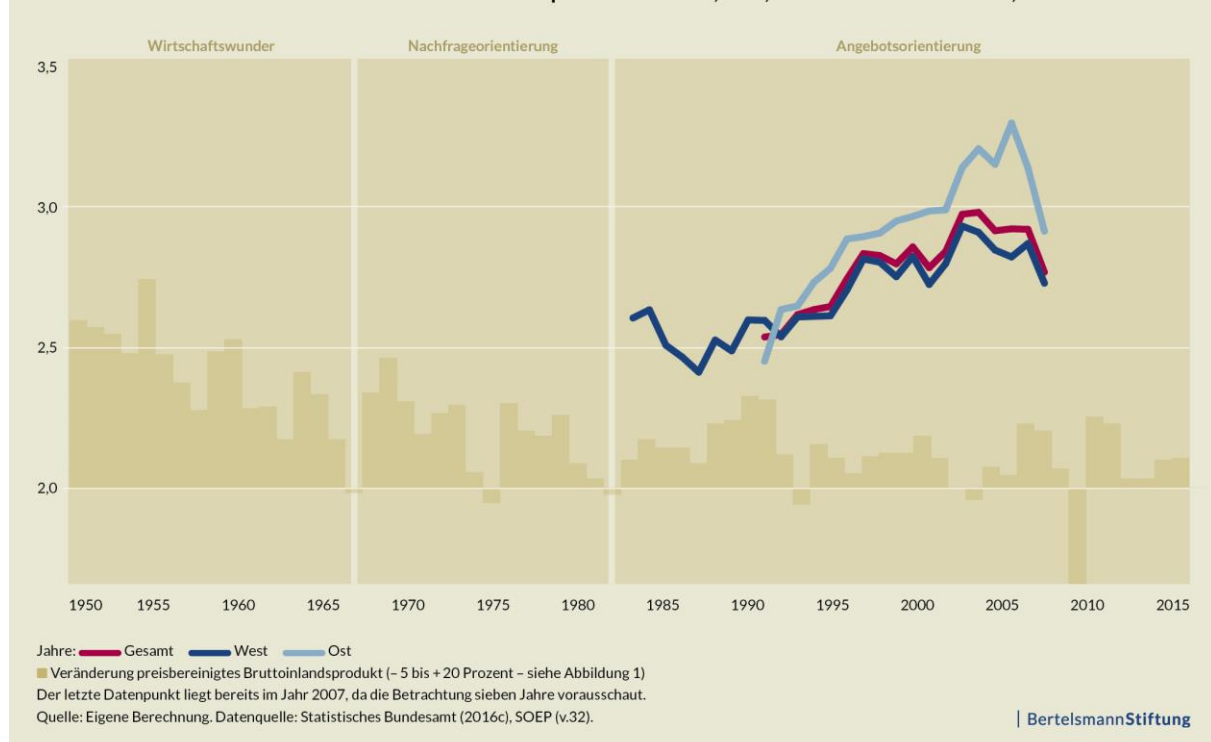
Neben der Armutsrisikoquote beziehen wir in unsere Analyse auch die Armutspersistenz ein (vgl. zur Messung Kyzyma 2014).

Dafür wird untersucht, wie lange ein Haushalt, der zu einem bestimmten Zeitpunkt unter die Armutsrisikoschwelle fällt, im armutsgefährdeten Bereich verbleibt. In Westdeutschland steigt die Dauer der Armutsepisoden ab Mitte der 1980er Jahre tendenziell an (vgl. Abbildung 7). Der Tiefpunkt liegt im Jahr 1987 mit 2,5 Jahren Verweildauer im Armutsrisikobereich. Am aktuellen Rand der Aufzeichnungen (Zeitfenster 2008–2014) erreicht die Armutspersistenz eine Dauer

von ca. 2,95 Jahren. Während die Armutsverweildauer in Ostdeutschland kurz nach der Wiedervereinigung noch unter der in den alten Bundesländern lag, stieg sie seitdem kontinuierlich und deutlich stärker als in Westdeutschland an. Mit 3,75 Jahren erreichte sie im Jahr 2006 ihren Höhepunkt, um sich in der Folge wieder dem Westniveau von ca. 3,2 Jahren anzugleichen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Armutsrisikoquoten, trotz des Beschäftigungsbooms in den vergangenen zehn Jahren, deutlich gestiegen sind. Am aktuellen Rand findet man daher die höchsten Werte im gesamten Betrachtungszeitraum. Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang auch die Zunahme der Armutspersistenz zu betrachten. Diese Entwicklungen widersprechen einer inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren.

ABBILDUNG 7: Durchschnittliche Dauer von Armutsepisoden in West-, Ost-, und Gesamtdeutschland, 1983 – 2014



Gemeinsame Betrachtung von Wachstum, Ungleichheit und Armut

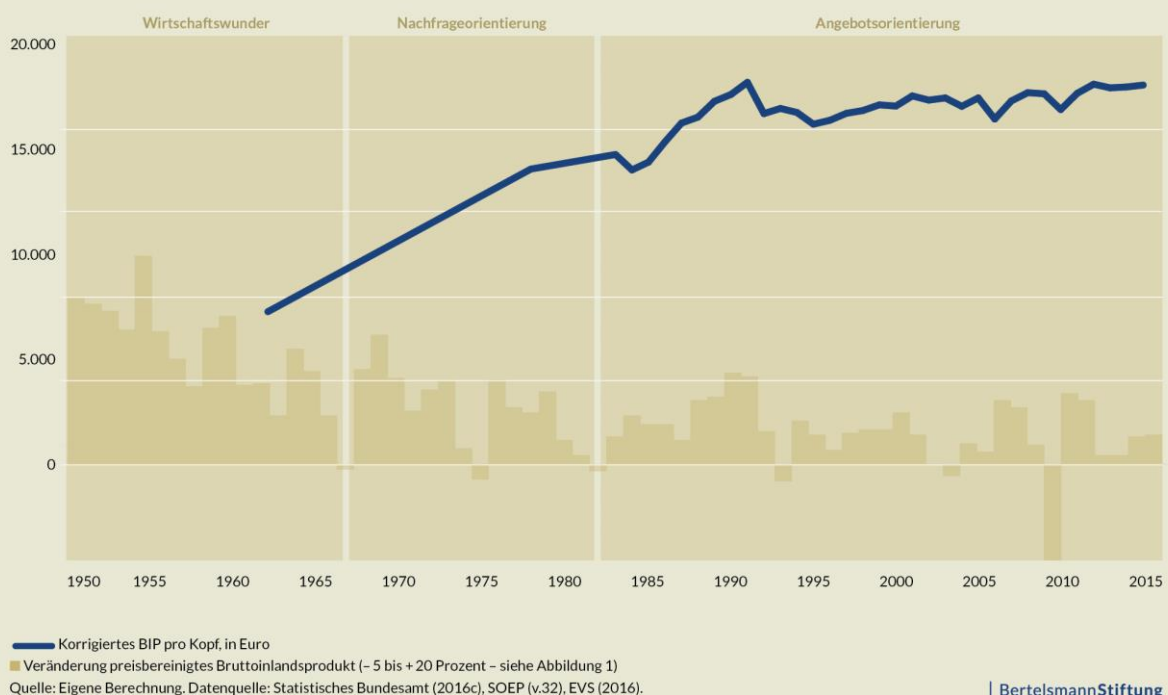
Um die Untersuchung abzuschließen, werden die heterogenen Entwicklungen in den verschiedenen Bereichen Ungleichheit, Armut und Wirtschaftswachstum in einem Indikator für inklusives Wachstum zusammengefasst. Die historische Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ist sicherlich weitaus komplexer, als es ein einzelner Indikator abzubilden vermag.

Allerdings ist es durchaus interessant, das Wirtschaftswachstum mit Armut und Ungleichheit ins Verhältnis zu setzen, um einen Indikator für deren gemeinsame Entwicklung zu erhalten. Wir betrachten die wirtschaftliche Entwicklung als inklusiv, sofern der materielle Wohlstand gleichmäßig bei allen Bevölkerungsschichten ankommt. Unter dieser Maßgabe schlagen wir einen Indikator vor, der das Pro-Kopf-BIP um Ungleichheit und Armut korrigiert. Der Indikator bereinigt den materiellen Wohlstand, gemessen am BIP pro Kopf, um die Entwicklung des Gini-Koeffizienten und des Armutsrisikos. Je höher letztere zwei Maßzahlen, desto geringer ist der Wert des inklusiven BIP.

In der Phase des Wirtschaftswunders steigt der Indikator rasant an. Dies liegt einerseits an den enormen Wachstumsraten in dieser Periode und andererseits daran, dass sich die Armutsrisikoquote auf einem stabilen Niveau bewegte, während die Einkommensungleichheit kontinuierlich abnahm. Dieser Prozess setzte sich auch in der Phase der Nachfrageorientierung fort. Trotz eines sich verlangsamenden Wachstumsprozesses sowie einer steigenden Armutsrisikoquote konnte die Ungleichheit in dieser Phase verringert werden. Unterbrochen durch den Wirtschaftseinbruch im Zuge der zweiten Ölpreiskrise, setzt sich der positive Trend inklusiven Wachstums bis zur Wiedervereinigung fort. Die Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Zunahme von Armutsrisikoquote und Ungleichheit in Folge der Wiedervereinigung sorgen jedoch für ein abruptes Ende der positiven Dynamik. Nach einem kurzzeitigen Rückgang ab 1991 verbleibt der Indikator bis 2014 auf einem relativ stabilen Niveau, ohne größere Anstiege oder Rückgänge aufzuweisen.

Es kann also festgehalten werden, dass der rein materielle Wohlstand in Deutschland heute so groß ist wie nie zuvor. Allerdings konnten die negativen Entwicklungen bezüglich persistenter Armut und Einkommensungleichheit auch nicht

ABBILDUNG 8: Indikator für inklusives Wachstum, 1962 - 2014



durch den aktuellen Beschäftigungsboom ausgeglichen werden.

Fazit

Grundsätzlich geht die praktische Umsetzung des wirtschaftspolitischen Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft mit einer stabil positiven Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland einher. So betrug das ökonomische Wachstum der BRD, gemessen in preisbereinigtem Pro-Kopf-BIP, durchschnittlich 3,3 Prozent in der Zeitperiode von 1950 bis 2015. Die erste Phase des Wirtschaftswunders war von hohem Wachstum und hoher, aber rückläufiger Ungleichheit gekennzeichnet. Trotz eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit hielt diese Tendenz auch in den folgenden Jahren der Nachfrageorientierung an. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist ab Mitte der 1980er Jahre, also mit Beginn der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu sehen. Während der wirtschaftliche Anpassungsprozess der 1990er Jahre zunächst von sinkenden Ungleichheitswerten begleitet wurde, war die Zeit nach der Jahrtausendwende von einer gegenläufigen Bewegung charakterisiert. Als treibender Faktor sind hier insbesondere die Gewinne der höheren Einkommensschichten auszumachen, die sich vor allem auf Ebene der Arbeitseinkommen konzentrieren.

Im Kontrast hierzu ist hingegen die Entwicklung der Einkommen in den unteren 40 Prozent als kritisch zu bewerten, da deren Wachstum seit der Wiedervereinigung und insbesondere seit Ende der 1990er Jahre deutlich hinter dem Wachstum der durchschnittlichen Einkommen zurückbleibt. Während der soziodemographischen Entwicklung ein nachrangiger Einfluss zuzuschreiben ist, zeigt unsere Analyse vor allem die starke Heterogenität in den Entwicklungspfaden der einzelnen Regionen in Deutschland.

In Bezug auf die Chancengerechtigkeit lassen sich am aktuellen Rand nach rückläufiger Tendenz in den letzten Jahren lediglich 13 Prozent der beobachteten Einkommensungleichheit auf die ungleiche Verteilung der Chancen zurückführen. Während wir positive Entwicklungen im Hinblick auf Geschlechtsunterschiede feststellen, bleibt jedoch auch mehr als 25 Jahre nach der

Wiedervereinigung ein großer Unterschied zwischen Menschen aus Ost und West bestehen. Weiterhin scheint die sozioökonomische Stellung des Elternhauses zunehmend an Bedeutung zu gewinnen.

Trotz des Beschäftigungsbooms in den letzten zehn Jahren findet man sowohl am aktuellen Rand als auch in der unmittelbaren Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung die höchsten Armutsquoten in unserem Betrachtungszeitraum. Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang auch die Zunahme der Armutspersistenz zu bewerten. Diese ist seit Ende der 1980er Jahre in Deutschland stark gestiegen. Betrug die durchschnittliche Verweildauer unterhalb der Armutsschwelle 1991 noch etwa 2,5 Jahre, so stieg sie auf über drei Jahre im Zeitraum ab 2008 an. Bemerkenswerterweise zeigt eine genauere Betrachtung nach Haushaltgruppen, dass es eine Trendumkehr bezüglich des Armutrisikos gegeben hat. Während in der ersten Phase eher ältere Single-Haushalte von Armut bedroht waren, trifft dies am aktuellen Rand insbesondere für jüngere Single-Haushalte zu.

Eine zusammenfassende Bewertung der Entwicklung und Lage der Sozialen Marktwirtschaft liefert der entwickelte Indikator für die gemeinsame Betrachtung von Ungleichheit, Armut und Wirtschaftswachstum. Dieser ist von der ersten Phase der Sozialen Marktwirtschaft bis kurz vor der deutschen Wiedervereinigung konstant und steil gestiegen. Nach der Wiedervereinigung verläuft die positive Entwicklung der inklusiven Wohlstandssteigerung jedoch auf wesentlich flacherem Niveau, was nicht zuletzt auf die Steigerungen der Einkommensungleichheit und der Armutrisikoquote zurückzuführen ist.

Es kann also festgehalten werden, dass der materielle Wohlstand in Deutschland heute so groß ist wie nie zuvor. Die faire Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen bleibt jedoch auch zukünftig ein Feld großer Herausforderungen für eine tragfähige Soziale Marktwirtschaft.

Ausführliche Studie

- Peichl, A., M. Ungerer, P. Hufe und I. Kyzyma (2017). „Wohlstand für alle“ – *Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?* Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Literatur

- Fratzscher, M. (2016). *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*. München.
- Fuest, C. (2016). *Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher? Zehn Thesen zur Ungleichheitsdebatte*. ZEW. Mannheim.
- Kyzyma, I. (2014). „Changes in the Patterns of Poverty Duration in Germany, 1992–2009”. *Review of Income and Wealth* 60 (S2). 305–331.
- Niehues, J., und A. Peichl (2014). „Upper bounds of inequality of opportunity: theory and evidence for Germany and the US”. *Social Choice and Welfare* 43 (1). 73–99.
- Quaas, F. (2000). *Soziale Marktwirtschaft: Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*. Bern.
- Tuchtfeldt, E. (1995). „Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Konzept”. *Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft*. Hrsg. F. Quaas und T. Straubhaar. 29–44. Bern.

V. i. S. d. P.

Bertelsmann Stiftung
 Carl-Bertelsmann-Straße 256
 D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Stefan Empter
 Telefon: +49 5241 81-81137
stefan.empter@bertelsmann-stiftung.de

Andreas Esche
 Telefon: +49 5241 81-81333
andreas.esche@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
 Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: Shutterstock / Photobank gallery

Autoren | Kontakt

Prof. Dr. Andreas Peichl

Leiter des ifo Zentrums für Konjunkturforschung und Befragungen in München
peichl@ifo.de

Martin Ungerer

Forschungsgruppe Internationale Verteilungsanalysen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim
martin.ungerer@zew.de

Paul Hufe

ifo Zentrum für Konjunkturforschung und Befragungen in München
hufe@ifo.de

Dr. Iryna Kyzyma

Luxembourg Institute of Socio-Economic Research
iryna.kyzyma@liser.lu

Manuela Barišić

Programm Nachhaltig Wirtschaften
 Bertelsmann Stiftung
manuela.barisic@bertelsmann-stiftung.de
 Telefon: 05241 81-81480

ISSN: 2191-2459